

## Gegen Krieg und Krise

### Demonstration in Essen: Breites Bündnis will nicht die Zeche für Weltwirtschaftsmisere übernehmen und fordert den Abzug der Bundeswehr aus dem Ausland

Lenny Reimann

Ein breites Bündnis von Gewerkschaftern, Antifagruppen, linken Parteien und Organisationen ruft für Sonnabend zu einer Demonstration in Essen auf. Motto der Protestaktion in der Ruhrgebietsmetropole: »Wir zahlen nicht für eure Krise! Zwingen wir die Profiteure zur Kasse!« Bereits im vergangenen Jahr hatten unter dem gleichen Slogan Zehntausende in Kopenhagen und Berlin dagegen demonstriert, daß die verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise auf Kosten der Arbeiter, Schüler, Studenten und auf staatliche Transferleistungen Angewiesenen finanziert werden.

Die Demonstration in Essen will sich auch in den laufenden nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf einmischen. Am 9. Mai wird im bevölkerungsreichsten Bundesland gewählt. Die vielbeachtete Abstimmung dürfte zum Lackmusest für die Partei Die Linke werden. Erhofft sich diese doch erstmalig den Einzug in Fraktionsstärke in das Landesparlament in Düsseldorf. Anlässlich der aktuellen Debatte um verschiedene Koalitionsmodelle forderte die NRW-Linke die SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft auf, ihre widersprüchliche Haltung zu »Rot-Rot-Grün« endlich aufzugeben und dem Wähler klar zu sagen, was sie wolle. Die Spitzenkandidaten der Linken, Bärbel Beuermann und Wolfgang Zimmermann, warfen SPD und Grünen zudem am Donnerstag vor, eine Koalition mit der CDU vorzubereiten.

Während sich die verschiedenen Parteien im Vorfeld der Wahl dem Koalitionsgeplänkel verschrieben haben, setzt das Bündnis »Wir zahlen nicht für eure Krise!« auf Inhalte. So kritisieren die Organisatoren, daß Deutschland mittlerweile drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt ist und fordern den Rückzug der Bundeswehrtruppen aus dem Ausland. »Mit dem Geld, das in der Bundesrepublik für Rüstung und Auslandseinsätze ausgegeben wird, könnte Schülern und Studenten ein qualifiziertes Bildungsniveau garantiert und die Studiengebühr abgeschafft werden«, so ein Sprecher des Bündnisses.

Harsche Kritik übten Demo-Organisatoren und Linkspartei in puncto Studiengebühren an der SPD-Spitzenkandidatin. Diese hatte am Dienstag erklärt, die in Nordrhein-Westfalen üblichen Gebühren nur schrittweise bis 2013 abbauen zu wollen. »Mit dieser Aussage läßt Hannelore Kraft die Maske fallen. Sie steht nicht für einen Politikwechsel, sondern wird den Kurs von Clement, Steinbrück und Rüttgers nahtlos fortsetzen«, erklärte Finn Siebert, hochschulpolitischer Sprecher der Linken. Bisher habe die SPD noch bei jeder Podiumsdiskussion beteuert, sie hätte aus der Wahniederlage gelernt und sei nun für die sofortige Abschaffung aller Bildungsgebühren, so der 24jährige Student weiter. Dies sei jedoch offenbar nicht der Fall.

Während Schüler und Studenten, Lehrer und Dozenten, wann immer sie mehr Geld für Bildung einforderten, von der Politik mit dem Verweis auf »leere Kassen« vertröstet und abgewimmelt worden seien, seien im vergangenen Jahr 500 Milliarden Euro zur Unterstützung der für die Weltwirtschaftskrise verantwortlichen Banken zur Verfügung gestellt worden, kritisiert das Vorbereitungsbündnis der Demonstration. Gerade vor diesem Hintergrund hoffe man auf eine starke Beteiligung von Schülern und Studenten.

Die Demonstration »Wir zahlen nicht für eure Krise! Zwingen wir die Profiteure zur Kasse!« beginnt am

20. März ab 12.30 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz in Essen mit einer großen Auftaktkundgebung.